

Wohlstand ist Menschenrecht- Wider die neoliberale Dekadenz

1. Gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt versteht sich als eine Interessenvertretung von Kindern, Jugendlichen und junge Erwachsene für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. In den letzten zehn Jahren versuchten wir besonders das Thema (Kinder) Armut ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und eigene sozialpolitische Vorschläge in die Diskussion zu bringen. In unserem sozialpolitischen Konzept „Wohlstand- Baby!“ haben wir 2008 unsere Analyse und unsere Positionen, unter anderem die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, zusammengefasst und begründet.

In den letzten zwei Jahren, geprägt durch die „Finanzkrise“, hat sich vieles getan- jedoch hat sich die Situation insbesondere für Kinder und Jugendliche eher zum schlechteren entwickelt. Die neoliberalen Politikentwürfe der letzten Jahre konzentrieren immer mehr Reichtum bei wenigen und führen zu immer größeren Armutsentwicklungen weltweit. Die Krise, die ihre Ursachen in den neoliberalen Politikentwürfen hat, führt nicht zu einem Umdenken, sondern verstärkt die Umverteilungsprozesse von unten nach oben. Dieses wird insbesondere in der aktuellen Diskussion um die „Hartz IV“ Regelsätze deutlich. Während auf der einen Seite Steuererleichterungen für „Besserverdienende“ und Unternehmen geplant und durchgesetzt werden, wird auf der anderen Seite über Einsparungen bei „Hartz IV“ diskutiert. Dabei setzt sich die Tendenz fort, die von Armut betroffenen Menschen an den Pranger zu stellen, anstatt die Armut als solche zu bekämpfen.

Das Jugendwerk will die Armut bekämpfen und nicht die von Armut Betroffenen. Wir fordern die Verwirklichung eines Menschenrechtes auf Wohlstand!

Bekämpfung der Armut weltweit

Im Jahr 2000 haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Anlehnung an die „Millenium Ziele“ der Vereinten Nationen ehrgeizige Ziele zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gesetzt. Unter anderem sollte die Armut in den Staaten der europäischen Union bis 2010 spürbar reduziert werden. Dieses Vorhaben war jedoch mit einem neoliberalen Wachstums- und Beschäftigungskonzept gekoppelt, das der Logik folgte: wenn es den Unternehmen gut geht, wird auch was für die breite Masse abfallen. Des Weiteren sollte der Wirtschaftsstandort Europa im globalen Wettbewerb fit gemacht werden. Dieses „Fit machen“ bedeutet jedoch nur die Maximierung der Gewinne europäischer Konzerne zu Lasten anderer Märkte. Diese Logik kann nicht dabei helfen die Armut weltweit zu bekämpfen. Auf Deutschland bezogen sollte eine Deregulierung der Märkte und eine Umstellung der Sozialsysteme Wunder bewirken. Dabei kam unter anderem die Reform des SGB II (Hartz I-IV) als Resultat dieses Umbaus heraus. Das Jahr 2010 ist das europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, für das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt ein Anlass Bilanz zu ziehen.

Besondere Lage von Kindern und Jugendlichen

Insbesondere die prekäre Lage von vielen Kindern und Jugendlichen bereitet uns große Sorge. Ihre Situation ist durch massiven Leistungsdruck, Einsparungen in Kinder und Jugendetats, erhöhtes Armutsrisiko, schlechte Wohnbedingungen, ein sozial selektives Bildungssystem und schlechte Arbeitsbedingungen ihrer Eltern geprägt. Die aktuellen Bestrebungen, Steuererleichterungen für Besserverdienende durchzusetzen, erhöhen zusätzlich den finanziellen Druck auf die Kommunen, welche die Leistungsträger in der Kinder- und Jugendhilfe sind.

Lohnarbeit macht arm

Wider allen gebetsmühlenartig vorgetragenen Bekundungen, dass Arbeitsperspektiven eine Armutsprävention darstellen, arbeiten mehr als 2,5 Millionen Menschen in Deutschland zu Armutslöhnen; eine Million Arbeitnehmer/innen sind zusätzlich zu ihrem Einkommen auf

Hartz IV angewiesen. Dieser staatlich gewollte und subventionierte Niedriglohnsektor ist inzwischen ein deutliches Armutszeugnis für die Sozialpolitik in Deutschland geworden. Ob mit oder ohne abgeschlossene Berufsausbildung und trotz der Bereitschaft zu Mobilität und Leistung reicht das Einkommen nicht mehr für ein menschenwürdiges Leben mit der Möglichkeit zu gesellschaftlicher Teilhabe aus. Stundenlöhne von zum Teil drei und weniger Euro pro Stunde gelten als zumutbar. Insbesondere Frauen, Alleinerziehende, Arbeiter/innen mit Migrationshintergrund und junge abhängig Beschäftigte sind Opfer prekärer Arbeit. Kinder und Jugendliche leiden besonders unter diesen unwürdigen Arbeitsbedingungen ihrer Eltern.

2. Die „Finanzkrise“ eine kritische Betrachtung

Die Krisen nach unserem Verständnis

Seit 2007 wird von einer weltweiten Finanzkrise oder weitgehender von einer Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise gesprochen, welche sich auf den gesamten Globalen Markt schädigend auswirkt und katastrophale Folgen verursacht. Es wird davon berichtet, wie Millionen von Arbeitsplätzen verloren gingen, zahlreiche Unternehmen Insolvenz anmelden mussten, die gesamte Wirtschaft gefährdet sei und letztendlich für die Bürger und Bürgerinnen der Gürtel nun enger geschnallt werden müsste und der eigene Lohnarbeitsplatz nicht mehr sicher wäre.

Wie selbstverständlich werden hunderte von Milliarden Euro für die Rettung von Banken und anderen Unternehmen investiert, wobei Jahrzehnte lang gepredigt wurde, dass der angeblich so freie Markt sich schon selbst regulieren würde. Insbesondere für Banken scheint dieses nicht mehr der Fall zu sein. Auf einmal kamen finanzielle Staatsreserven und Finanzoptionen zum Vorschein, welche selbst die kühnsten Reformierungsideen zum Sozialstaat oder dem Bildungssystems um ein vielfaches übertrafen. Ein gutes Beispiel dafür, dass das was gesellschaftlich bzw. staatlich gewünscht ist auch, zumindest für ein so finanziell reiches Land wie Deutschland, umsetzbar ist.

Dabei stellt sich eigentlich die Frage, was in der heutigen Zeit die wirkliche Krise ist?

Nicht erst seit 2007 bestehen soziale und ökologische Zustände auf dieser Welt, welche das Wort KRISE wirklich verdienen. Trotz des stetig ansteigenden finanziellen Wohlstandes, der technischen Entwicklungen, der Forschung und der unglaublichen Mengen an lebenswichtigen aber auch luxuriösen Gütern, steigt der Anteil der extrem benachteiligten Menschen auf dieser Welt genauso wie die kontinuierliche Zerstörung dieses Planeten durch den Menschen voran geht.

Die Veränderung des Weltklimas schreitet erschreckend voran und scheint bei den internationalen Diskussionen immer noch nicht im ganzen Ausmaße erkannt worden zu sein. Wirtschaftliche und industrielle Abkommen scheinen bis heute wichtiger zu sein, als sich wirklich konsequent diesem riesigen Problem unserer Erde zu stellen. Sollte die Erde sich um weitere zwei Grad erwärmen, lässt sich eine grundlegende Veränderung des Weltklimas und damit eine existenzielle Gefährdung des menschlichen Lebens und Großteile der Tier- und Pflanzenwelt auf diesem Planeten nicht mehr verhindern. Als Sprachrohr für jungen Menschen fordert das Jugendwerk sofortige und grundlegende Veränderungen in der Ressourcen-, Energie- und Umweltpolitik. Ebenso ist es ein Umdenken für ein bewusstes Handeln und Konsumieren aller Menschen notwendig, wofür jedoch weltweit bessere Lebensbedingungen und eine Reformierung der Bildungspolitik geschaffen werden müssten. Daneben haben wir es mit einer weltweiten Menschenrechtskrise zu tun, wenn mensch sich vergegenwärtigt, dass über eine Milliarde Menschen weder eine feste Behausung noch Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Statistisch gesehen wird alle drei Sekunden ein Kind an Unterernährung und heilbaren Krankheiten sterben gelassen, mehr als 850 Millionen Menschen leiden an chronischem Hunger auf dieser Welt. Der materiell und finanziell ärmere Teil der Weltbevölkerung (also gut 3 Milliarden Menschen) muss mit weniger als 2 US-Dollar am Tag auskommen, kein Wunder, dass sie auch nur 1% an allen käuflichen Gütern dieser Erde besitzen. Trotz internationalen Abkommen gibt es nach dem „Deutschen Bündnis Kindersoldaten“ immer noch mehr als 250.000 aktive Kindersoldaten. Diese traurigen Fakten könnten noch sehr lange weiter aufgezählt werden...

Die Verursachenden dieser Menschenrechtskrise sind jedoch nie die, die darunter leiden und sterben, sondern die Wohlhabenden, die finanziellen Nutzen durch die kontinuierliche Ausbeutung auf globaler Ebene erfahren. Ein kleiner Vergleich: für die Rettung der Banken wurde weltweit mehr als 850 Milliarden US-Dollar zugesichert, nach Ansicht der UNO braucht es gerade mal ein Drittel davon (ca. 300 Milliarden) um die gesamte Menschheit über die Schwelle der extremen Armut zu heben.

Nach Ansicht des Jugendwerks besteht die Krise in der globalen Wirtschaft nicht in der Fehlspekulation von einigen Riesenunternehmen (Global-Player) und Staaten, sondern darin, welche Macht diese haben und bereit sind zu nutzen, um ihre unternehmerischen und staatlichen Ziele zu verfolgen. Die angebliche freie und gerechte Marktwirtschaft ermöglicht es, dass die zwei finanziell reichsten Menschen der Welt zusammen ein Vermögen von fast genau 100 Milliarden US-Dollar besitzen. Oder anders betrachtet, die acht reichsten Menschen könnten gemeinsam den von der UNO bezifferten Betrag von 300 Milliarden US-Dollar zur Beseitigung von der weltweiten extremer Armut zusammen bezahlen und hätten immer noch 42,2 Milliarden für sich übrig (vgl. Forbes-Liste 2010). Es stimmt, dass es durch die „Finanzkrise“ eine Abnahme von 10 auf 8 Millionen MillionärInnen im Jahre 2007 auf 2008 gegeben hat, aber dennoch besitzen diese ein gesamtes Vermögen von unglaublichen 32 Billionen also 32.000.000.000.000 US-Dollar. Nach Aussage des renommierten „World Wealth Report 2009“ wird für das Jahr 2013 ein Anstieg auf insgesamt 48,5 Billionen US-Dollar prognostiziert.

Es handelt sich also um mehrere Krisen, wobei die nach unserer Sicht häufig falsch dargestellte „Finanzkrise“ die Unbedeutendste darstellt. Die Krise im finanziellen Bereich dieser Welt bezieht sich nicht auf den Verlust von einigen Spekulierenden, sondern auf die ungerechte Verteilung der gesamten materiellen Güter und finanziellen Werte auf dieser Welt. Nur durch eine generelle Umverteilung und sinnvolle Verwendung dieser können die hier knapp beschriebenen Krisen bekämpft und gemindert werden.

Unsere Sicht der theoretischen und realen Wirtschaft

In aktuellen Diskussionen zur wirtschaftlichen Lage und Analyse der „Finanzkrise“ geistern Vorstellungen von guter und gerechter Arbeit und im Gegensatz dazu die böse ausnutzende Arbeit oder aber die faulenzlerische Arbeit herum. Es wird davon gesprochen, dass es grundsätzlich eine „unsichtbare Hand des Marktes“ gäbe, welche dafür Sorge, dass sich vernünftige Entscheidungen unternehmerisch durchsetzen und so zum Wohle des Volkes beitragen. Die bösen GroßinvestorInnen und AktionärInnen würden da nicht richtig mitspielen und den „kleinen Mann“ um seinen gerechten Arbeitslohn und -platz bringen. Ebenso häufig wird von den schmarotzenden Personen, welche sich weigern zu lohnarbeiten und sich in ihrer „Hängematte“ ausruhen, welche durch die Steuern von ehrlich Arbeitenden finanziert wird.

Diese weit verbreitete Darstellung von theoretischer und realer Marktwirtschaft teilt das Jugendwerk nicht. Wir sehen, dass in einem kapitalistischen System jede Ausgabe eine Spekulation beinhaltet und eine eindeutige Berechnung von marktwirtschaftlichen Zusammenhängen nicht möglich ist. Es gibt weder die „bösen Spekulierenden“, welche das ansonsten gerechte System ausnutzen noch eine Begründung dafür, warum ein Unternehmen immer für das Wohl des Volkes sorgen würde. Mikro- und Makroökonomie fallen ebenso wie betriebs- und gesamtwirtschaftliche Rationalitäten auseinander und sind nicht automatisch verbunden.

Es gibt in diesem Sinne auch keine ehrliche oder unehrliche Lohnarbeit, sondern in dieser Marktwirtschaft nur eine profitable oder nicht profitable für das Unternehmen bzw. den oder die AuftragnehmerIn (z.B. Selbstständige). Nach unserem Verständnis müsste aber die Entscheidung für die Berechtigung einer Lohnarbeit nicht nach dem unternehmerischen oder privaten finanziellen Nutzen sondern dem gesellschaftlichen Nutzen beurteilt werden. Wir sehen den Abbau von Lohnarbeitsplätzen und die strukturelle Massenarbeitslosigkeit nicht generell als Misstand an, sondern begreifen diesen größtenteils als Befreiung des Menschen von der Lohnarbeit. Dabei gilt, dass die gesamte Gesellschaft für den Wohlstand jeder Person in diesem Land verantwortlich ist. Deswegen fordern wir eine strukturelle Verbesserung und Reformierung des Sozialstaates, welcher jedem Menschen ein

bedürfnisgerechtes und von Existenzängsten befreites Leben ermöglicht. Das so häufig angeprangerte „Ausnutzen“ des Sozialstaates wäre dann nicht mehr möglich. Selbstverständlich müssten gesellschaftlich notwendige Arbeiten solidarisch verteilt anstatt durch Zwang zugewiesen werden.

Ebenso vertritt das Jugendwerk die Position, dass der Wohlstand eines Landes nicht an alten Indikatoren wie dem BIP gemessen werden kann – dieses steigt z.B. in Deutschland trotz gleichzeitig ansteigender Armut – stetig an. Wir fordern neue Indikatoren, welche insbesondere soziale Bereiche wie Freundschaften, Familie, Verbände, Netzwerke und individuelle Bedürfnisse berücksichtigt.

Wir drehen das Prinzip Privater Gewinn/ Öffentlicher Verlust

Aktuell ist unser Wirtschaftssystem nach dem Prinzip des privaten Gewinnes und öffentlichen Verlustes aufgebaut. Wer falsch spekuliert wird im Notfall staatlich aufgefangen, wer finanziell positiv spekuliert, darf den Gewinn mehr oder weniger allein behalten. Je größer die Gewinne eines Unternehmens, desto geringer im Durchschnitt die steuerlichen Abgaben. Der größte Teil des deutschen Steueraufkommens liegt nicht dort, wo das meiste Geld vorhanden ist, sondern bei den Durchschnittsverdienenden, welche weder die Druckmittel noch das Know-How besitzen, um ihre steuerlichen Abgaben, wie Großunternehmen, zu reduzieren. Paradoxiereise werden die großen Unternehmen mit Millionen von staatlichen Förderungen überschüttet, nur um Lohnarbeitsplätze zu schaffen bzw. zu halten, oder um einen regionalen Vorteil zu schaffen.

Nach unserer Ansicht sollte dieses Prinzip umgedreht werden. Wir fordern, dass der größte Anteil von finanziellen und materiellen Gewinnen an den Staat übergeht und daraus ein Vorteil für die gesamte Gesellschaft anstatt nur für Einzelne entsteht. Andersrum betrachtet sollte der Staat die Spekulationen, also das wirtschaftliche Handeln von Einzelne oder Unternehmen nicht auffangen - wer wie einige Banken in den letzten Jahren schlecht spekuliert, hat halt später weniger als vorher. Dabei geht es selbstverständlich nicht darum, dass ein Mensch aufgrund von „Fehlspekulationen“ kein menschenwürdiges also bedürfnisgerechtes Leben mehr führen darf, sondern um einen anderen Ansatz zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit. Der Staat ist für diesen strukturellen Wohlstand der BürgerInnen zuständig, dafür braucht es unbedingt zahlreiche sozialstaatliche, bildungspolitische und steuerliche Reformen. Um das zu erreichen tritt das Jugendwerk für eine emanzipierte und solidarische Gesellschaft ein und stellt sich gegen die zunehmende Ökonomisierung und Vereinzelung.

3. Das soziokulturelle Existenzminimum oder: Was eigentlich braucht der Mensch zum Leben?

Die Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils

Im Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung getroffen zu der Frage, ob die Sozialleistungen für Kinder den kindlichen Bedarf tatsächlich decken. Konkret wurde gefragt, ob die Berechnung der Regelleistung für Kinder vereinbar ist mit dem grundgesetzlich gesicherten Schutz der Familie, mit dem Gleichheitsgrundsatz, mit dem Sozialstaatsprinzip und mit der Garantie der Menschenwürde. Nach der bisher geltenden Rechtslage wird der staatlich anerkannte Bedarf von Kindern nicht selbst erhoben, sondern durch einen pauschalen Abzug von dem statistisch erhobenen „Bedarf“ von Erwachsenen berechnet. Um diesen „Bedarf“ zu ermitteln, erhebt das statistische Bundesamt einige Daten zum Einkommen und zur Einkommensverwendung der erwerbstätigen Bevölkerung (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe). Die als repräsentativ bezeichnete Gruppe der online Befragten wird anschließend dem Einkommen nach geordnet und die oberen 80 % werden aussortiert. Die verbleibenden 20 % der Erwerbstätigen werden danach betrachtet, wie viel sie verdienen und wofür sie dieses Geld ausgeben. Aus dem öffentlichkeitswirksamen Grund, dass Leistung sich lohnen soll (Lohnabstandsgebot), werden anschließend noch Beträge für Luxus und auch Beträge für Grundbedürfnisse und Grundrechte abgezogen, wie zum Beispiel für Ernährung, Gesundheit, Mobilität und Bildung. Der so gewonnene „Bedarf“ kann maximal die Möglichkeiten der finanziell schwächeren Mitmenschen widerspiegeln, die sich wegen niedriger Löhne nicht viel „leisten“ können. Der

„Bedarf“, also die Regelleistung für Erwachsene beträgt derzeit 359,00 € zuzüglich Miet- und Heizkosten.

Für die Berechnung des „Bedarfs“ von Kindern und Jugendlichen werden willkürlich weitere Abschläge vorgenommen: Kinder (0 bis 13 Jahre) erhalten maximal eine Regelleistung in Höhe von 60 % (215,00 €) und Jugendliche (14 bis 25 Jahre) in Höhe von 80 % (287,00 €). In der Regelleistung für Kinder sind beispielsweise für Ernährung, Getränke und laut Vorschrift auch für Tabakwaren lediglich 80,00 €, für Bekleidung und Schuhe 21,50 € und für Freizeitbeschäftigungen, Literatur, Musik und Kultur 23,00 € vorgesehen. Aktuell leben in Deutschland 1,85 Millionen Kinder von dieser staatlichen Sozialleistung, das ist also jedes sechste Kind.

Mit den Kindern und Jugendlichen, die in staatlich gewährleisteter Armut leben, sind aktuell je nach Armutsdefinition zwischen 13 und 19 % der Kinder und Jugendlichen in Deutschland arm. Arm sein bedeutet, unter dem Durchschnitt zu leben, also ganz konkret ausgegrenzt zu sein von der Gesellschaft. Das Jugendwerk steht für eine solidarische Gesellschaft, in der selbstbestimmte Menschen freiwillig füreinander Verantwortung übernehmen. Wir streben eine fürsorglich und gesellschaftlich gestaltete soziale Sicherung an, die jedem Menschen, vor allem Kindern und Jugendlichen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht, ein Leben in existenzieller Sicherheit mit allen Möglichkeiten der Partizipation in der Gesellschaft. Zur Verbesserung der Lebensmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen empfiehlt das Jugendwerk neben einem Ausbau der öffentlichen Angebote auch grundsätzlich die individuelle und persönliche Förderung, die Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenständigkeit von Kindern und Jugendlichen. Das Existenzminimum des Jugendwerks geht über ein Minimum an Existenz hinaus und beinhaltet zumindest:

- Umfassende gesundheitliche Versorgung
- Genussreiche und vielseitige Ernährung
- Einen größeren Gestaltungsspielraum der Wohnleistungen nach SGB II nach oben hin, um dem Prinzip der Bedürfnisgerechtigkeit gerecht zu werden
- Räumliche Mobilität, besonders durch ein eigenes Fahrrad, Car-Sharing oder den kostenfreien Zugang zum öffentlichen Nahverkehr
- Kostenfreier Zugang zu Bildungsmöglichkeiten
- Recht auf Kulturerlebnisse wie Literatur, Theater, Konzert, Kino und Medien
- Urlaub und Freizeitmöglichkeiten wie Sport, Musik oder Kunst betreiben und mit FreundInnen ausgehen

Das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und fühlt sich in seiner Forderung nach einem eigenständigen Bedarf für Kinder und Jugendliche bestärkt. Als Konsequenz aus dem Urteil erwarten wir im ersten Schritt eine deutliche, an den tatsächlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausgerichtete Erhöhung der Regelsätze. In einem zweiten Schritt fordern wir die Entkoppelung von Hartz IV und dem Sozialgeld für Kinder und Jugendliche. Das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens für Kinder und Jugendliche, wie es unter anderem die AWO mit der Kindergrundsicherung fordert, würde einen individuellen Rechtsanspruch von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Dieses sehen wir als Einstieg in ein allgemeines bedingungsloses Grundeinkommen, das tatsächlich bei gleichzeitiger Umverteilung von oben nach unten die Einkommensarmut eindämmen könnte.

4. Bildung, Partizipation und Wohlstand

Ausbau der öffentlichen Güter

Neben den notwendigen finanziellen Voraussetzungen für eine gelungene individuelle Lebensführung, ist es für das Jugendwerk von zentraler Bedeutung den Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, Angebote und Güter zu erweitern.

Öffentliche Güter sind entgegen der privaten Güter tatsächlich dem Gemeinwohl verpflichtet und sollen deshalb auch für alle Menschen nutzbar sein. Entgegen der zunehmenden Privatisierungstendenz fordern wir den Stopp des Ausverkaufes öffentlicher Güter und einen Ausbau von Angeboten und Dienstleistungen.

Das Prinzip „lebenslanges Lernen“ darf nicht bloß eine leere Phrase sein, sondern muss in Form einer kostenlosen Versorgung von der Kita bis zu Aus-, Um- und Weiterbildungsangeboten ausgebaut werden. Des weiteren müssen Freizeitangebote, Kinder- und Jugendhilfeangebote, Schulen und die Kinder- und Jugendverbandsarbeit deutlich besser finanziert werden. Dazu müssen den Kommunen weitreichende finanzielle Spielräume eingeräumt werden.

Die Wohnsituation führt insbesondere in vielen Großstädten zu einer Ghettoisierung auf der einen Seite und zur Schaffung von exklusiven Wohnbezirken auf der anderen Seite. Dieser sozialen Spaltung des Wohnens muss eine menschlichere sozialpolitische Stadtplanungspolitik entgegengesetzt werden. Dazu bedarf es vor allem eines massiven Ausbaues des sozialen Wohnungsbaues und einer Mietpreisbindung für City-nahe Wohngegenden. Der zukünftige soziale Wohnungsbau sowie eine menschengerechte anstatt ökonomisch-orientierte Stadtplanung muss insbesondere auch auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zugeschnitten werden.

Die immer noch stark bestehenden Stadt/ Land Unterschiede in der Infrastruktur und den Freizeitmöglichkeiten gilt es durch innovative Konzepte abzubauen. Ebenso sollte der öffentliche regionale Nahverkehr aus sozialen und ökologischen Gründen ausgebaut und den Menschen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Das Recht auf Mobilität darf kein Privileg sein, das nur über den Besitz von Zahlungsmitteln gewährt wird.

Die Teilhabe an der Gesellschaft ist vielfältig und sie stellt zugleich die Basis für demokratische Prozesse da. Alle Menschen müssen befähigt werden an der Gesellschaft und auch am gesellschaftlichen Reichtum Teil zu haben. Wer es mit Partizipation ernst meint muss auch für die materiellen Voraussetzungen sorgen. Ein Ausbau der öffentlichen Güter ist ein Garant für Partizipationsmöglichkeiten.

Wohlstand ist Menschenrecht!

Wir nehmen das europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung zum Anlass, einen wirklichen Politikwechsel einzuläuten. Wir brauchen einen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die für alle Menschen und nicht nur für wenige ein gelungenes Leben verwirklicht.

Deshalb fordert das Jugendwerk der AWO:

- die Abschaffung der menschenunwürdigen Konstruktion der „Bedarfsgemeinschaften“
- die Beendigung der Idee einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen
- die Beendigung der sozialen Selektion des Schulsystems
- die Abschaffung der Hartz Reformen
- den Stopp der Privatisierungen öffentlicher Güter
- sofortige und grundlegende Veränderungen in der Ressourcen-, Energie- und Umweltpolitik

Das Jugendwerk macht sich stark:

- für den Ausbau öffentlicher Güter, Dienstleistungen und Angebote
- für eine Schule für Alle
- für soziale und an Menschen orientierte Stadtplanungsentwürfe
- für eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen
- für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für Kinder und Jugendliche
- für ein allgemeines bedingungsloses Grundeinkommen
- für eine wirksame finanzielle Umverteilung von oben nach unten
- für einen gesetzlichen Mindestlohn, der an die jeweils aktuellen Bedarfe angepasst ist. Derzeit läge dieser bei mindestens 9,50 €.
- für eine gebührenfreie Bildung.

Um unsere Ziele durchzusetzen, bedarf es eines breiten Bündnisses gesellschaftlicher Interessenvertretungen. Wir sind bereit für eine breite Diskussion und wollen Teil eines Politikwechsels sein, der gegen Individualisierung und Vereinzelung auf Solidarität und Emanzipation setzt!

Beschlossen auf der 18. Bundesjugendwerkskonferenz 15.-16. Mai 2010 in Münster